

DG 17. Nov. 89 1'5'

POLITISCHE ABTEILUNG I

~~p.B.72.9.15.~~ - WOK/IFH

p.B.75.77.

Bern, 16. November 1989

SOFORTMASSNAHMEN FUER OSTEUROPA

Zusätzliche Elemente für die Präsentation der Botschaft des Bundesrates über eine verstärkte Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten und entsprechende Soforthilfsmassnahmen (Rahmenkredit von 250 Millionen Franken)

1. Ist Unterstützung auch für die DDR vorgesehen?

In der DDR hat mit der Oeffnung der Grenze zur BRD ein wahrhaft historisches Ereignis stattgefunden. Mit Bezug auf allfällige schweizerische Unterstützung unterscheidet sich aber die Lage in der DDR in verschiedener Hinsicht von jener in Polen und Ungarn :

- . die bisherige Liberalisierung wurde einer widerstrebenden Partei durch das Volk abgerungen;
- . entscheidende Schritte zur Demokratisierung sind (noch?) nicht erfolgt : freie Wahlen, pluralistisches Parteiensystem;
- . die DDR hat bisher nicht um schweizerische Unterstützung nachgesucht.

Der politische Rahmen der mit dieser Botschaft vorgeschlagenen Unterstützungsmassnahmen ist so gehalten, dass weiteren Entwicklungen im Sinne eines Einbezuges zusätzlicher Empfänger

von Unterstützungsmassnahmen, also auch der DDR, Rechnung getragen werden kann.

2. Schweizerische Unterstützung für die UdSSR?

Auf der einen Seite gehört die UdSSR eindeutig zur Kategorie der reformwilligen Länder Osteuropas. Die gesamte Entwicklung in Osteuropa, die Anstoss und Hintergrund der vorliegenden Botschaft darstellt, wäre ohne die Reformpolitik von Staatspräsident Gorbatschow gar nicht denkbar. Einige, indes nicht alle Wegmarken Richtung mehr Demokratie und Marktwirtschaft, hat neben Polen und Ungarn auch die UdSSR passiert.

Auf der anderen Seite ist die Sowjetunion sowohl von ihrer absoluten Grösse als auch ihrem potentiellen Reichtum an eigenen Ressourcen her nicht mit anderen osteuropäischen Staaten vergleichbar. Entsprechend werden in der Botschaft einzelne, gezielte Unterstützungsmassnahmen zugunsten der UdSSR keineswegs ausgeschlossen, das Schwergewicht der Massnahmen wird aber bei Polen und Ungarn liegen.

3. Ministerkonferenz zu Osteuropa

Es steht praktisch fest, dass am 13.12.1989 in Brüssel eine Ministerkonferenz der 24 westlichen Industrieländer (entspricht OECD) stattfinden wird, welche ihre Hilfe an Polen und Ungarn in diesem Rahmen koordinieren. Noch steht nicht mit letzter Gewissheit fest, dass die Teilnehmer tatsächlich durch ihren Aussenminister vertreten sein werden; alle Anzeichen deuten indes darauf hin. Dies bedeutet, dass

- es sich in erster Linie um eine **politische Konferenz** handeln wird, wo neben Polen und Ungarn auch über die DDR und allgemein über Osteuropa gesprochen wird;
- es zum "pledging" von Beiträgen an einen Stabilisierungsfonds für Polen kommen könnte.

Falls tatsächlich eine repräsentative Anzahl anderer Aussenminister teilnimmt, erscheint die Teilnahme des schweizerischen Aussenministers in zweifacher Hinsicht imperativ :

- . gegen aussen : Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilnahme am politischen Dialog über Osteuropa im Kreise aller westlichen Industrieländer;
- . gegen innen : klare Demonstration der vollen Beteiligung der Schweiz an den historischen Ereignissen der jüngsten Zeit in Europa.

4. Visapraaxis der Schweiz mit osteuropäischen Ländern

Eine Sitzung mit allen einschlägig interessierten Bundesstellen, präsiert von Direktor Hunziker (H., BA für Ausländerfragen) hat mit Bezug auf eine Liberalisierung der schweizerischen Praxis zwei gegenläufige Tendenzen gezeigt :

- Einerseits stimmen alle überein, dass - mit Bezug auf die DDR, Polen und Ungarn - eine radikal andere Lage vorliegt als noch vor kurzem. Visa für die DDR - wegen Umgehungsmöglichkeiten via westdeutsche Papiere - sowie gewisse Begleitbedingungen für alle osteuropäischen Visa (Einladungsschreiben aus der Schweiz, Nachweis der Solvenz für osteuropäische Visabewerber) seien "eine Farce" (quote H.).
- Trotzdem wollen weder H. noch - sehr deutlich - die Bundesanwaltschaft auf den Grundsatz des Visaerfordernisses verzichten. Dies aus einer Reihe von letztlich minderwichtigen, administrativen und sicherheitsbezogenen Gründen.

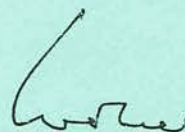
Der Departementschef EJPD ist offensichtlich flexibler. Denkbar wäre nach Absprache eine schweizerische Ankündigung, mit der DDR, Ungarn und Polen über eine **Abschaffung der Visapflicht** Gespräche aufnehmen zu wollen unter zwei Bedingung:

- . Reziprozität (alle drei Länder verlangen Visa auch für die Schweiz);
- . Nichtdiskriminierung (Visapflicht muss mit allen drei Ländern, nicht nur einem oder zwei davon, aufgehoben werden)

Allgemeine Nachbemerkung : Angesichts der EG-Gipfelkonferenz (Staatschefs resp. Ministerpräsidenten plus Aussenminister) über Osteuropa vom kommenden Wochenende (18. + 19.11.) sind insbesondere folgende Entwicklungen nicht ausgeschlossen :

- . Klarere Konturen eines allfälligen **Stabilitätsfonds für Polen** (ursprünglich amerikanische Idee, breiter Teilnehmerkreis aus allen Industrieländern). Je nach Ausgestaltung dieses Fonds wären schweizerische Mittel aus dem Rahmenkredit resp. zusätzliche Mittel basierend auf Währungsbeschluss möglich.
- . Wohl ausgehend von Bundeskanzler Kohl könnte es an der Konferenz zu einem "pledging" zugunsten der DDR kommen, wozu gegebenenfalls auch Nicht-EG-Mitglieder eingeladen würden.

POLITISCHE ABTEILUNG I
i.V.



D. Woker

- 5 -

Verteiler : - EDA : . Staatssekretär Jacobi
. Sekretariat Departementschef
. DEH
. DIO
. Finanz- und Wirtschaftsdienst
. SIN, WOK → persönlich gegeben IFH 17.11.
- BAWI : . Botschafter Arioli

DG 17. Nov. 89 15'